



LAMPEDUSA iN HAMBURG



Unerträglich

Die Bürgermeisterin von Lampedusa guckt hin, wo europäische Politik das Wegsehen organisiert.

Ich bin die neue Bürgermeisterin der Inseln Lampedusa und Linosa und wurde im Mai 2012 gewählt. Am 3. November musste ich feststellen, dass mir bereits 21 Leichen übergeben worden waren – von Menschen, die bei dem Versuch, Lampedusa zu erreichen, gestorben waren. Das ist für mich unerträglich und für die Insel ein großer Schmerz. Ich musste sogar Kolleginnen und Kollegen in der Provinz um Hilfe bitten, damit wir die letzten elf Leichen würdevoll bestatten konnten – auf Lampedusa stehen auf den Friedhöfen mittlerweile keine Gräber mehr zur Verfügung. Wir werden neue schaffen, aber ich frage mich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden?

Ich kann es nicht fassen, wie eine solche Tragödie als normal empfunden werden kann. Wie wird man den Gedanken los,

dass elf Menschen – darunter acht Frauen und zwei Kinder im Alter von elf und dreizehn Jahren – letzten Samstag sterben mussten, nur weil sie in Europa ein neues Leben beginnen wollten? Nur 76 von 115 Menschen wurden gerettet. Die Anzahl der Toten war wie immer größer als die Zahl der Leichen, die an Land gespült werden.

Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint. Mich regt das Schweigen Europas auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat und trotzdem nichts zu dem kriegsähnlichen Massaker vor Lampedusa zu sagen hat.

Und so bin ich immer mehr davon überzeugt, dass die europäische Flüchtlingspolitik diese Opfer in Kauf nimmt, um die Immigration zu kontrollieren, womöglich sogar um abzuschrecken. Für die Menschen, die

mit dem Schiff nach Lampedusa aufbrachen, war die Reise ihre letzte Hoffnung. Ihr Tod ist für Europa eine Schande.

In diesem traurigen Kapitel der Geschichte, das wir alle mit-schreiben, verhalten sich allein jene Italiener menschlich, die 140 Kilometer von Lampedusa entfernt die Geflüchteten retten – nicht jene, die wie letzten Samstag nur 30 Kilometer entfernt waren und den Hilferuf der Schiffbrüchigen trotzdem ignorierten. Alle sollten jedoch wissen, dass Lampedusa und ihre Einwohner diesen Menschen nach Kräften helfen, diese Menschen zu retten versuchen oder zumindest würdevoll bestatten.

Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, nicht die aller Europäer, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidstelegramm erhalten. So als hätte er eine weiße Haut, als sei es unser Sohn, der in den Ferien ertrunken ist.

Gezeichnet: GIUSI NICOLINI

Unerreichbar

Die Absagen auf eine Einladung der taz-Hamburg zur Debatte „...wie die Festung Europa verteidigt wird“ geraten zur traurigen Satire sozialdemokratischer Menschenrechtspolitik

Bürgermeister Olaf Scholz ist in Berlin, bei den Koalitionsverhandlungen. Aber Innensenator Michael Neumann (SPD)? Senatssprecher Christoph Holstein sagt. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Vertreter des Senats sich mit Leuten auf ein Podium setzt, die sich damit brüsten, sich

nicht an Recht und Gesetz zu halten.“

„Vielen Dank für Ihre Anfrage! Leider ist es mir nicht möglich, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Ich wünsche Ihnen einen anregenden und interessanten Abend“, so die Antwort der Leiterin der Ausländerbehör-



Allen Respekt verloren



LAMPEDUSA in HAMBURG



de, Johanna Westphalen.

„Meine Teilnahmezusage möchte ich leider wieder zurückrufen. Ich habe übersehen, dass ich am 19. November nicht in Hamburg bin, Sorry“, schreibt der Fachsprecher für Integration der Hamburger SPD-Fraktion Kazim Abaci.

„Leider kann Arno Münster aus Termingründen nicht am taz Salon teilnehmen“, schreibt der Mitarbeiter des SPD-Bürgerschaftsabgeordneten, Mark Classen. Auch Classen sagte ab: „Leider habe ich am 19. November Sitzung und kann deshalb nicht an der Veranstaltung teil-

nehmen.“ Und SPD-Fraktions-sprecher Claas Ricker sagt: „Ich kann aus der SPD-Fraktion leider niemanden finden. Vielleicht probieren Sie es besser woanders.“

(nach: taz 19. November 2013)

Presseinformation
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hamburg



42/2013 vom 31. Oktober 2013

Menschen in Not unterstützen, Flüchtlingsrechte stärken, Asylgesetze ändern

„Wir unterstützen die Proteste von „Lampedusa in Hamburg“ – ca. 300 Flüchtlingen, die zumeist aus Westafrika kommend lange Jahre in Libyen lebten, während des Krieges gegen Gaddafi nach Europa fliehen mussten, in Italien strandeten und nun in Hamburg sind. Die Notwendigkeit, Menschen in Not zu unterstützen, die Flüchtlingsrechte zu stärken sowie, die Asylgesetze zu ändern, zeigt sich nach den jüngsten Flüchtlings-Katastrophen an den EU-Außengrenzen umso mehr,“ so **Anja Bensinger-Stolze**, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ ist seit einem halben Jahr öffentlichkeitswirksam aktiv. Seitdem hat eine Welle von Menschlichkeit und Solidarität Hamburg ergriffen und tausende von Menschen unterstützen die Kriegsflüchtlinge aus Libyen aktiv in ihrem Kampf um ein Aufenthaltsrecht, welches entgegen anderslautender Behauptungen von Senat und Innenbehörde rechtlich immer möglich wäre.

„Wir unterstützen die politischen Forderungen der Flüchtlinge für ihre Rechte auf freien Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu medizinischer und sozialer Versorgung und zu Wohnraum. Wir fordern den Hamburger Senat auf, durch Aktivierung des § 23 des Aufenthaltsgesetzes den Flüchtlingen legalen Aufenthalt zu gewähren! Wir unterstützen den aktuellen Vorschlag der Gruppe, eine Kommission aus Betroffenen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu bilden, die mit dem Senat in einem Dialog nach guten Lösungen für alle sucht. Zu guter Letzt: Die jüngsten Tragödien vor Lampedusa, bei denen hunderte Menschen bei dem Versuch nach Europa zu gelangen ums Leben kamen, machen eine radikale Kehrtwende der derzeitigen Migrationspolitik unerlässlich,“ so **Bensinger-Stolze** abschließend.



LAMPEDUSA iN HAMBURG



Wir können nicht ruhig zur Schule gehen

Schüler_innen zeigen ihre Solidarität

In ganz Europa, in Deutschland, in Hamburg herrscht eine unmenschliche Flüchtlingspolitik der wir uns am 12.12. solidarisch entgegen stellen werden! Für ein Bleiberecht aller Flüchtlinge werden wir Zettel und Stifte ruhen lassen und gemeinsam auf die Straße gehen.

Am Beispiel der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ zeigt sich die mörderische Abschottungspolitik Europas. „Während vor Lampedusas Küste tausende Menschen sterben, werden in Hamburg statt Fluchtursachen wie Rüstungsexporte und Kriegseinsätze die Flüchtlinge bekämpft.“ So Leonie Meliones, Schülerin und Mitorganisatorin aus Hamburg. Auch Schüler_innen sind von Abschiebungen betroffen. Im Jahr 2011 wurden neun Minderjährige aus Hamburg abgeschoben. 2012 und im ersten Dreivierteljahr 2013 wa-

ren es sogar jeweils 31. Im letzten Jahr konnte, dank des Protests vieler Schüler_innen, die Abschiebung einer Schülerin und ihrer Familie aus Hamburg verhindert werden. 2013 fand in Frankreich ein landesweiter Schulstreik statt, um die Abschiebung von zwei Mitschüler_innen zu verhindern. Diese Beispiele zeigen uns, was Solidarität bewirken kann! Wir sind schon jetzt nach kürzester Mobilisierungszeit ein Bündnis aus über 100 Schüler_innen von mehr als 30 Schulen. Wir fordern:

- Bleiberecht für Alle – Stopp aller Abschiebungen
- Freier Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit – unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Rüstungsexporte, Kriegsein-

LEHRER-GEWERKSCHAFT **Afrika-Demo als Politik- Unterricht**

Von **VIVIAN MARIE DREWS**

City – **Brisanter Beschluss der Bildungsgewerkschaft GEW!**

Lehrer sollen den geplanten „Schulstreik“ am 12. Dezember (BILD berichtete) als Protestaktion gegen Hamburgs Flüchtlingspolitik unterstützen – und zum „praktischen Politikunterricht“ machen. **Staatsdiener gegen SPD-Senat!**

Ein GEW-Sprecher zu BILD: „Wir fordern die Lehrer auf, den Schulstreik zu tolerieren, teilnehmenden Schülern nicht mit Repressionen zu drohen.“

Dabei wäre das eigentlich ihre Pflicht! Peter Albrecht, Sprecher der Schulbehörde: „Die Teilnahme an der Demo während der Unterrichtszeit ist eine Verlet-



GEW-Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze findet den Schulstreik richtig

Foto: PICTURE ALLIANCE

zung der Schulpflicht.“ Entsetzen bei Schulpolitikern aus der Bürgerschaft. Anna von Treuenfels (FDP, 51): „Die GEW übt sich im Aufwiegeln der Schülerschaft gegen geltendes Recht. Völlig inakzeptabel!“

CDU-Frau Karin Prien (48, CDU): „Eine einseitige Parteinarbeit hat in der Schule nichts zu suchen.“

BILD vom 28.11.2013

BILD sorgt sich um Elfenbeinturm

- sätze und alle anderen Fluchtursachen stoppen
- §23 – Humanitäres Bleiberecht für „Lampedusa in Hamburg“
- Residenzpflicht abschaffen
- Frontex abschaffen – Stoppt die mörderische Abschottungspolitik Europas.

Wir können nicht ruhig zur Schule gehen, während vor unseren Schultüren Menschen in den Tod geschickt werden!

Auch von unseren Lehrer_innen und Eltern fordern wir, uns zu unterstützen!

Solidarisch, friedlich und entschlossen Politikunterricht praktisch umsetzen!

SCHULSTREIKINITIATIVE
FÜR BLEIBERECHT



Politikunterricht wird praktisch



LAMPEDUSA in HAMBURG



Drinnen vor der Tür

Der Hamburger Senat sperrt sich weiter gegen die Lampedusa-Flüchtlinge. Hamburger_innen zeigen dagegen mit Herz und Verstand, dass sie die Forderungen der Flüchtlinge für legitim halten. Martin Dolzer (Sprecher im Koordinationskreis) weist im hlz-Interview auf die Möglichkeiten in Schulen hin

hlz: Wie lässt sich die Situation und Stimmung in der Gruppe Lampedusa-in-Hamburg aktuell beschreiben?

Die Situation hat sich seit 7 Monaten nicht grundlegend geändert. Die Menschen haben noch immer keine gesicherte Zukunftsperspektive. Die Gruppe fordert ein Recht auf Aufenthalt und Arbeit. Nach der kraftvollen Demonstration am 2. November, an der knapp 20 000 Menschen teilgenommen haben, sind die

Flüchtlinge sich allerdings der Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung sicher. Nun stehen an jedem Adventssamstag Demonstrationen an. Die Flüchtlinge fordern noch immer eine Gruppenlösung gemäß § 23 Aufenthaltsgesetz. Das ist für Kriegsflüchtlinge die passende rechtliche Regulierung. Gruppen mit gemeinsamem Schicksal kann dem gemäß ein Aufenthalt nach humanitären oder völkerrechtlichen Kriterien und damit auch eine Arbeitsgenehmigung

erteilt werden. Von der Haltung des Senats sind die Flüchtlinge enttäuscht. Es ist für sie schwer zu verstehen, warum in einem stabilen und demokratischen Land Menschenrechte und Würde für die Verantwortlichen eine so geringe Rolle spielen.

Auch 104 Hamburger Anwält_innen sprechen sich dafür aus. Die Anwält_innen, darunter auch solche der kirchlichen Beratungsstelle Fluchtpunkt, haben in einer Erklärung und auf einer Pressekonferenz noch einmal



Respekt für den einfachen Wunsch: Mensch sein



LAMPEDUSA iN HAMBURG



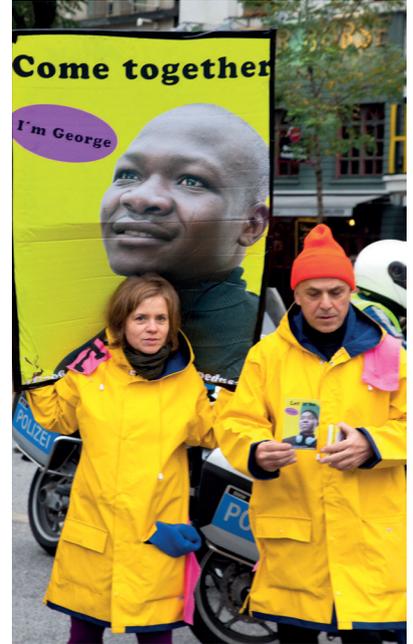
verdeutlicht, dass anhand des Schicksals der Lampedusagruppe das Versagen europäischer Flüchtlingsregulierungen deutlich wird. Auf deren Grundlage werden die Menschen innerhalb Europas hin – und hergeschoben, ohne angemessenen und menschenwürdigen Flüchtlingschutz zu bekommen. Sie forderten den Senat auf, § 23 anzuwenden, um zu zeigen, dass ein politischer Wille besteht, die bestehende humanitäre Notlage zu beenden.

Der Senat hatte den Flüchtlingen Ende Oktober vorgeschlagen, sich bei der Ausländerbehörde in Einzelverfahren zu begeben, um vorerst eine Duldung zu erhalten. Das sehen die Flüchtlinge allerdings als einen vergifteten Vorschlag, der keine andere Perspektive als eine Verlängerung leidvoller Erfahrungen bedeutet. Der Senat

spielt auf Zeit und betont im Zusammenhang mit dem Vorschlag weiterhin, dass die Aufenthaltsgründe nicht anerkannt und die Lampedusaflüchtlinge letztendlich nach Italien oder sogar in ihre Heimatländer abgeschoben werden sollen. Mehr als 50% der deutschen Verwaltungsgerichte verweigern aufgrund der menschenunwürdigen Bedingungen für Flüchtlinge in Italien eine Abschiebung dorthin.

Selbst die zugesicherte Duldung wird vom Senat nicht rechtsverbindlich garantiert. Zudem soll am 1. Dezember das Asylverfahrensgesetz geändert werden. Dann besteht die Gefahr, dass das Bundesamt für Migration Verfahren an sich zieht und die Hamburger „Versprechen“ obsolet werden. Das Angebot des Senats ist also offensichtlich eine ziemliche Mogelpackung.

Die Flüchtlinge haben sich



Mit Herz und Hand gibt es Raum für ein Zusammenleben

Lampedusa in Hamburg

Aufgrund des NATO-Krieges in Libyen flüchteten unzählige Menschen, teilweise auch unter Zwang, über das Mittelmeer nach Italien. Diejenigen, die die Überfahrt überlebten, wurden dort aus humanitären Gründen als Flüchtlinge anerkannt und innerhalb des italienischen Asylsystems, mit EU-Finanzierung, verwaltet. Als die externe Finanzierung für die Geflüchteten des Libyen-Krieges auslief, bemühte sich die italienische Regierung darum, die Geflüchteten loszuwerden und begann sie aus den Lagern rauszuwerfen. Viele Geflüchtete und Migrant_innen sind in Italien gezwungen, auf der Straße zu leben. Das Land bietet weder Arbeit noch andere Perspektiven. Statt dessen wurden den Geflüchteten von der italienischen Regierung Papiere ausgestellt, mit denen sie sich legal im Schengen-Raum bewegen können. Eine Arbeitserlaubnis und das Recht auf medizinische oder soziale Unterstützung sind damit aber ausgeschlossen. Den Geflüchteten wurde die Weiterreise nach Zentraleuropa nahegelegt und Geld für diesen Zweck übergeben. So gelangten auch ca. 300 Flüchtlinge nach Hamburg, die sich nicht vereinzeln ließen, sondern als Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ öffentlich ihr Menschenrecht auf Arbeit und Unterkunft einfordern.

mittlerweile in einem Offenen Brief an die Nordkirche gewandt und sich für die große Unterstützung aus den christlichen Gemeinden bedankt. Unverständlich finden sie jedoch, dass die Bischofskanzlei über ihre Köpfe hinweg den Senatsvorschlag akzeptiert und öffentlich beworben hatte. Der evangelische Pressedienst veröffentlichte gleichzeitig die falsche Information, dass die 80 in der St. Pauli Kirche lebenden Flüchtlinge bei der Behörde eine Duldung beantragen werden. Das hat viel Konfusion und Misstrauen erzeugt. Berichten zufolge haben sich lediglich 11 Lampedusaflüchtlinge aus der Kirche aus Verzweiflung auf den Vorschlag eingelassen. Die Gruppe ist enttäuscht und verärgert über das Vorgehen der Bischofskanzlei.



LAMPEDUSA in HAMBURG



Die Lampedusaflüchtlinge lehnen den Senatsvorschlag aufgrund der mangelnden Perspektive zum Aufbau eines menschenwürdigen Lebens ab. Sie sehen weiterhin in direkten Gesprächen mit dem Senat einen Lösungsweg.

Die Stimmung ist entschlossen und kämpferisch. Allerdings macht der Winter vielen der Flüchtlinge zu schaffen. Nüchtern betrachtet ist die Haltung des Senats verantwortungslos und menschenverachtend.

hlz: Sind die wintersichere Unterbringung und Verpflegung notdürftig gesichert? Wo fehlt es noch?

Die Flüchtlinge leben, nachdem sie durch den Krieg in Libyen und die menschenunwürdige Unterbringung in italienischen Flüchtlingscamps traumatisiert wurden, auch in Hamburg in Notunterkünften in Kulturzentren, der Universität und Privatwohnungen. Mittlerweile leben nur noch die elf „Lampedusas“ in der Kirche, die das Angebot der Duldung angenommen haben. Spenden von trockenen Lebensmitteln, Getränken und insbesondere Geld sind immer willkommen, da es in den weiteren Unterkünften an vielem mangelt. Dabei ist es am besten, direkt an die Flüchtlinge zu spenden (Kontakt für Sachspenden oder Konto auf der Homepage: www.lampedusa-in-hamburg.tk/).

hlz: Wieso kommt eine Rückkehr in die Heimatländer nicht in Frage?

Die Lampedusaflüchtlinge sind traumatisierte Kriegsflüchtlinge. Sie waren in Libyen dem

Bombardement durch die NATO sowie Kriegsverbrechen von Al Quaida – nahen Gruppen ausgesetzt, die Jagd auf Schwarzafrikaner_innen gemacht und diese oft massakriert haben. Sie flohen dann über das Mittelmeer nach Lampedusa. Allein im Sommer 2011 starben mehr als 2500 Menschen bei der Überfahrt. Den Überlebenden wurde in Italien nach Einzelfallprüfungen ein humanitärer oder politischer Schutz gewährt. Sie haben also einen Status, der ihre Schutzbedürftigkeit anerkennt. Dann wurden sie allerdings nach Auslaufen eines EU Finanzfonds Ende 2012 aus den ohnehin menschenunwürdigen Flüchtlingseinrichtungen in Italien vertrieben. Deshalb ist auch die erneute Einzelfallprüfung in der Form, wie sie vom Senat angestrebt wird, rechtlich fragwürdig und – weil sie dem bereits gewährten Status keine Rechnung trägt – auch ziemlich unsinnig.

Vor dem Krieg befanden sich die Mitglieder der Gruppe in Libyen in sicheren Arbeitsverhältnissen. Sie haben ihre Familien und zum Teil auch ganze Kommunen in den Heimatländern versorgt. Viele von ihnen sind aus politischen Gründen aus ihren Heimatländern geflohen. Andere flohen vor Stammesfehden, weitere vor unerträglicher Armut.

Die Heimatländer der Flüchtlinge in Afrika sind sämtlich destabilisiert. Die Einschätzungen des Auswärtigen Amtes und der Ausländerbehörden gehen völlig an den jeweiligen dortigen Realitäten vorbei. Ghana zum Beispiel gilt als das sicherste und stabilste Land Afrikas. Spricht man mit den Flüchtlingen, ist anderes zu erfahren. Zum Beispiel werden

immer wieder Menschen, die vor Stammesfehden im Norden des Landes geflohen sind, aus der Bundesrepublik in die Hauptstadt Accra abgeschoben, da es dort sicher sei. Das stimmt aber nicht. Die Stämme finden sich auch dort wieder – und die Menschen haben „Tribal-Marks“ – d.h., die Stammeszugehörigkeit ist erkennbar. Oft werden die Abgeschobenen, sobald sie in Accra ankommen, ermordet. Sie tauchen jedoch in der Statistik für Bandenkriminalität auf. Da die reale Situation nicht ausreichend oder falsch erhoben bzw. dokumentiert wird, sterben unzählige Menschen, weil ihr Fluchtgrund



Selbst in Länder, die sich im Bürgerkrieg der bewaffneten religiösen Auseinandersetzung befinden, wird abgeschoben.



LAMPEDUSA iN HAMBURG



nicht akzeptiert wird. Das ist nur ein exemplarisches Beispiel. Die Situation in den meisten Ländern Afrikas ist aufgrund jahrhundertelanger Kolonialpolitik ebenfalls desaströs. Selbst in Länder, die sich im Bürgerkrieg oder in bewaffneten religiösen Auseinandersetzungen befinden, wird abgeschoben.

hlz: *Du bist ein aktiver Unterstützer der Gruppe. Wie kamst du persönlich zu dieser Aufgabe?*

Im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik arbeite ich seit der Auseinandersetzung um das Asylrecht Anfang der 1990er Jahre. Seit zehn Jahren mache ich zudem menschenrechtliche Arbeit für Bundestagsabgeordnete und Europaparlamentarier_innen. Hierbei sind für mich die Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen oder von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen wie auch mit außerparlamentarischen Bewegungen, NGO's, den Gewerkschaften und der Kirche ein zentrales Moment meiner Arbeit. Mein Engagement im Koordinationskreis von Lampedusa

in Hamburg beruht auf diesen Erfahrungen.

hlz: *Welche Erfahrungen als Unterstützer sind für dich besonders beeindruckend und auch überraschend?*

Die Dynamik, mit der die Gruppe in immer wieder neuen Situationen agiert, ist faszinierend. Trotz der Ignoranz des Hamburger Senats bleiben die Menschen beständig und engagieren sich mit einem großen Selbstbewusstsein – für Rechte, deren Gewährung eigentlich selbstverständlich sein sollte. Denn die Forderungen entsprechen ja z.B. der UN Charta und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Ich glaube, das macht auch einen Teil der großen Anziehungskraft von Lampedusa in Hamburg aus. Viele Menschen, die schon lange verdrängt haben, sich dafür einzusetzen, was ihnen eigentlich zusteht, werden auf diese Weise und durch die große Würde des Agierens der Gruppe „aufgeweckt“.

hlz: *Wie entwickelt ist der Kontakt mit interessierten Schüler_innen und Lehrer_innen?*

Der wird in letzter Zeit immer intensiver. Die Sprecher der Gruppe waren schon in vielen Schulen in Hamburg, Schleswig Holstein, Niedersachsen und Bremen zu Besuch. Die Lehrer_innen und Schüler_innen sind eigentlich immer solidarisch mit den Anliegen der Lampedusaflüchtlinge. Auf der letzten Vollversammlung der GEW Hamburg hatte Friday Emitola, einer der Sprecher der Lampedusaflüchtlinge, gesprochen. Ein Antrag zur Unterstützung der Gruppe wurde angenommen. Auch daraus entwickelten sich Kontakte und Besuche. Wir haben zudem gemeinsam eine Ausstellung zur Fluchtgeschichte mit zwölf Tafeln gemacht. Die können Schulen gerne ausleihen.

hlz: *Was kann aus den Schulen heraus der Gruppe und euch aktiven Unterstützer_innen weiterhelfen?*

Je größer die Unterstützung und Intensität, umso mehr Chancen haben wir, den § 23 oder eine andere Gruppenlösung durchzusetzen und die menschenrechtswidrigen Flüchtlingsregulierungen zu ändern. Deshalb ist besonders auch die Unterstützung in und aus den Schulen wichtig. Der Schülerstreik ist dafür eine tolle Idee. Aber auch die Lampedusaflüchtlinge in die Schulen und Universitäten einzuladen ist immer gut. Wenn die Menschen schon als Kinder und Jugendliche anfangen sich differenziert mit diesem Thema auseinanderzusetzen, legen wir wichtige Bausteine für einen re-



Das juristische Versteckspiel des Senats bringt gerade junge Menschen auf die Straße



LAMPEDUSA IN HAMBURG



spektvollen interkulturellen Umgang der Menschen miteinander und eine würdige Zukunft.

hlz: Die Gruppenmitglieder treten öffentlich nicht wie verängstigte Flüchtlinge auf, sondern eher kraftvoll kämpfend. Sie fordern ihr Recht auf Arbeit und auf eine Lebensperspektive. Erklärt das die Abwehr von Seiten des Senats und auch Teilen der Kirchenleitung?

Bei der Kirchenführung mag das einer der Gründe sein. Die Kirche tut ja eigentlich sehr viel für Flüchtlinge und setzt sich auch intensiv für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik ein. Das ist auch wichtig und gut so. Innerhalb der Kirche gibt es viele Akteure, die den Vorstoß der Bischofskanzlei ebenfalls nicht richtig finden. Allerdings ist auch diesen der selbstbestimmte Ansatz der Lampedusaflüchtlinge neu.

In Bezug auf den Senat ist das Bewusstsein der Flüchtlinge meiner Meinung nach auch ein Punkt – allerdings nur einer unter vielen und insgesamt gesehen, nur ein Nebenaspekt. Der Senat – insbesondere Olaf Scholz und Innensenator Neumann – will sich mit einer harten Haltung sowohl regionalpolitisch als auch bundesweit profilieren.

Ich denke, das Problem wird

nur in einem größeren Zusammenhang verständlich. Die Entwicklung einer zunehmend aggressiven Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU) wirkt sich auch negativ auf die Gestaltung der Flüchtlingspolitik aus. Außenpolitik, Innenpolitik und Sicherheitspolitik gehören ja immer zusammen.

Die mit der Außenpolitik der EU in Zusammenhang stehenden Kriege und gesellschaftlichen Verwerfungen, z.B. in Afghanistan, Irak, Libyen, Mali, Syrien usw. führen zur Destabilisierung der genannten Regionen. Damit sind auch immer Fluchtbewegungen verbunden. Faktisch finden die jedoch im großen Ausmaß regional statt. In Nordafrika leben weit mehr als 1 Million Flüchtlinge aus dem Libyenkrieg, in Europa ca. 65 000. Aus Syrien sind ebenfalls weit mehr als zwei Million Flüchtlinge in den Libanon und die Türkei geflohen, während Deutschland z.B. ein Kontingent von 5000, gemäß § 23 Aufenthaltsgesetz, aufnimmt.

Durch die Dublin 2 und 3 Abkommen sowie Frontex, Eufrosur und die gesamte europäische Flüchtlingspolitik wird versucht, diese Flüchtlinge außerhalb Europas bzw. außerhalb der Zentralstaaten Deutschland und Frankreich zu halten. Allein



Wie die Lampedusa-Gruppe beginnen in ganz Europa Flüchtlinge mit selbstbestimmten und selbstbewussten Protesten

im Mittelmeer ertranken seit der Einführung von Frontex im Jahr 2002 deshalb mehr als 12 000 Menschen.

Der tragische Tod tausender Menschen im Mittelmeer und an den Außengrenzen der EU steht insgesamt im Kontext eines rechtlich, aber menschenrechtswidrig durchformten Migrationsregimes. Die Push-Back Operationen der „Grenzschutzagentur“ Frontex, durch die Flüchtlingsboote zum Umkehren auf See gezwungen werden, sind völkerrechtswidrig. Den Flüchtlingen muss auf See eigentlich ein Asylantrag gewährt werden, entschied 2012 ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Dem Leiter von Frontex ist das egal. Er kündigte in einem Interview mit einem großen Nachrichtenmagazin direkt nach dem Urteil an, dass das Push-Back fortgesetzt werde.

Durch die Schicksale der Lampedusaflüchtlinge hat sich

Was kann der § 23?

Eine Bleiberechtsregelung bietet der § 23 Aufenthaltsgesetz. Er soll den zuständigen Behörden die Reaktion auf eine humanitäre Notlage ermöglichen, die eine bestimmte Gruppe von Personen betrifft. Mit dem Erlass einer Anordnung nach § 23 AufenthG kann eine Landesbehörde Kriterien definieren, unter denen sie aus humanitären Gründen im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium ein Bleiberecht gewährt.



LAMPEDUSA iN HAMBURG



die aggressive Rhetorik zumindest ein wenig geändert. Durch die Einführung des Satellitenüberwachungssystems Eurosur wird Frontex ab Dezember 2013 allerdings technisch aufgerüstet. Trotz geänderter Rhetorik werden also Maßnahmen vorangetrieben, die absehbar zu weiteren Todesfällen und einer perfektionierten Abschottung führen werden.

Dazu ist der Hamburger Senat allerdings nicht bereit. Seine Politik gegenüber den Lampedusaflüchtlingen steht im Kontext mit der beschriebenen Politik der EU und der Bundesregierung, die in Bezug auf die Abschottung der EU ein entscheidender Akteur ist.

hlz: Reicht die vorhandene

Kraft, um dieses dicke Brett der politisch Verantwortlichen in Hamburg zu durchstoßen?

Innerhalb der letzten zwei Jahre organisieren sich bundesweit und in ganz Europa immer mehr Flüchtlinge und beginnen mit selbstbestimmten und selbstbewussten Protesten. Das hat den Diskurs zur Flüchtlingspolitik schon stark verändert. Die Lampedusaflüchtlinge sind ein Teil davon. Das ist wichtig und gut. Immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen die Flüchtlinge. Das gilt auch für die Gewerkschaften. Insbesondere die GEW und ver.di unterstützen ja auch auf vielfache Weise die Lampedusaflüchtlinge. Wichtig ist, dass die Unterstützung anhält und

kontinuierlich weiter entwickelt wird. Ich hoffe, dass immer mehr Menschen auch im Alltag Zivilcourage beweisen und auf das Unrecht, mit dem Flüchtlinge konfrontiert sind, aufmerksam machen. Schön wäre, wenn in diesem Rahmen möglichst viele Schulen und Bildungseinrichtungen die Lampedusaflüchtlinge einladen oder auch unsere Ausstellung anfordern und zeigen.

hlz: Wir wünschen der Lampedusa-Gruppe in Hamburg und ihren Unterstützern den notwendigen langen Atem. Gerne berichten wir über direkte Unterstützungsaktionen von Hamburger Lehrer_innen und Schüler_innen.

hlz-Fragen: STEFAN GIERLICH



Asuquo Okono Udo (Lampedusa-Sprecher) ist beeindruckt von der (auch sprachlichen) Hilfe der Hamburger_innen